

Beratendes Mitglied

Herr Alexander Gruner

unentschuldigt

Frau Anja Merkel

entschuldigt

Herr Dr. med Hartmut Seidel

entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Herr Schäfer, FBL Jugend, Soziales, Schule und Sport

Frau Keller, Haushalt Jugend, Soziales, Schule und Sport

Frau Weigl, Rechnungsprüfungsamt

Gäste:

Frau Süß, Seniorenbeirat

Frau Schott, Freie Presse

Frau Dähn, Vogtland-Anzeiger

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- 1 . Eröffnung der Sitzung
- 1.1 . Tagesordnung
- 1.2 . Niederschriften über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 10.08.2017 sowie der 26. Sitzung am 07.09.2017
- 1.3 . Beantwortung von Anfragen
- 1.4 . Informationen des Bürgermeisters
- 2 . Einwohnerfragestunde
- 3 . Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2018
- 4 . Präsentation zur Finanzierung der Tagesmütter durch die Stadt Plauen, Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 214-17 - Stellungnahme der Verwaltung
- 5 . Vorberatung
- 5.1 . Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die Änderungssatzung vom 01.12.2016
678/2017
- 6 . Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1 . Eröffnung der Sitzung

Die 27. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Zenner, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet. Herr Bürgermeister Zenner begrüßt die Gäste.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, und Frau Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1 . Tagesordnung

Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung der 27.Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses.

1.2 . Niederschriften über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 10.08.2017 sowie der 26. Sitzung am 07.09.2017

Es gibt keine Änderungswünsche.

1.3 . Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine Anfragen.

1.4 . Informationen des Bürgermeisters

Es gibt keine Informationen des Bürgermeisters.

2 . Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen von Einwohnern vor.

3 . Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2018

Frau Göbel, Leiterin der Finanzverwaltung, berichtet über die 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs vom 24.10.2017 im Stadtrat. Es ist einzuschätzen, dass sich die finanzielle Lage gegenüber 2016 nicht verändert hat. Wir befinden uns in der Situation der Haushaltskonsolidierung. Es ist gelungen, einen gesetzesmäßigen Haushaltsentwurf vorzulegen, die Rechtsaufsichtsbehörde fordert weiterhin die Fortschreibung des Haushaltsstrukturkonzepts durch die Stadt Plauen.

Die Zuschüsse bleiben stabil, was auch die vereinbarten Zuschüsse für die Jugendvereine optimiert (es ist sogar möglich, eine leichte Tarifierhöhung für die kommenden Jahre einzuplanen). Es ist aber wichtig, dass die Beschlüsse des Stadtrates umgesetzt werden, auch in Bezug auf die Anpassung der Elternbeiträge für die zu beschließende Elternbeitragssatzung.

Im Investitionshaushalt wird es weitere Maßnahmen geben, was eine Erhöhung der Ausgaben betrifft (Erweiterungsbau Lessing-Gymnasium, Umrüstung Seminarstr.

Haus Nr. B für Dittes-Grundschule, Sanierung Speisesaal Aula Diesterweg-Gymnasium und Neubau der Kita in der Elsteraue). Weiterhin werden Instandsetzungsmaßnahmen ab 2018 folgen, die im Ergebnishaushalt aufgeführt sind (Haushaltskontrolle in den Schulen).

Herr Bürgermeister Zenner bittet dazu die Stadträtinnen und Stadträte um Unterstützung (schnellstmögliche Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeit für die Verwaltung). Frau Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, fragt hinsichtlich der Kooperationsvereinbarung mit dem Vogtlandkreis und der Finanzierung der Jugendeinrichtungen an, wie die Stadt Plauen damit umgeht, wenn bei der Finanzierung von Jugendeinrichtungen etwa 50% wegbrechen würden.

Herr Bürgermeister Zenner antwortet, dass die Stadt Plauen den Zuschuss genauso erbringt, als würde die Kooperationsvereinbarung mit dem Vogtlandkreis noch bestehen (es wird mehr bezahlt, als man eigentlich müsste).

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, bedankt sich bei Frau Göbel für ihre Ausführungen, auch was geplante Veränderungen im Haushalt anbelangen, und teilt ihr Unterstützung seitens der CDU-Fraktion zu. Herr Stadtrat Schmidt, CDU-Fraktion, fragt bzgl. der Einnahmen-Ausgaben der Stadt Plauen an und verweist auf andere Kommunen, die ein Steuerplus erwirtschaften.

Frau Göbel, Leiterin der Finanzverwaltung, antwortet, dass in der Tat die Steuereinnahmen zurückgegangen sind (alteingesessene Firmen sind nicht mehr vorhanden, es sind neue Unternehmen dazugekommen, diese investieren jedoch zunächst, die Stadt Plauen hat aber die Hoffnung, dass sie in Plauen zukünftig Steuern zahlen werden). Sie unterstreicht auch, dass die Kommunen mit einer besseren Finanzausstattung bedacht werden müssen (Strukturausgleich der Kommunen im FAG).

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, verdeutlicht dazu, dass die Unterstützung der Landesregierung dafür notwendig ist, um auch den sozialen Bereich auf Dauer aufrechterhalten zu können.

4 . Präsentation zur Finanzierung der Tagesmütter durch die Stadt Plauen, Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 214-17 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, stellt im weiteren Verlauf an Hand einer Power-Point-Präsentation Programmregularien vor, die den Fraktionen zugestellt werden.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, äußert sich zu der aufgestellten Vergütung in Höhe von 3.000 EUR für die Tagesmütter. Der erste Eindruck täuscht, da hierbei die AN/AG-Leistungen u.a. Sozialleistungen abzuführen sind und die Tagesmütter weiterhin ein hohes unternehmerisches Risiko tragen. Die Kindertagespflegestellen müssen attraktiver gemacht werden (sie wären, trotz einer evtl. Erhöhung von 100/200 EUR, immer noch günstiger als eine Unterberingung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen). Dieses Ansinnen wird auch seitens der CDU-Fraktion in die Haushaltsplanung mit eingebracht.

Frau Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, äußert, dass sie in letzter Zeit Tagesmütter besuchte und von ihnen durchweg positive Rückmeldungen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Stadt Plauen bekam. Sie fragt an, gibt es Regelungen, wo Tagesmütter Mittel für Investitionen beantragen können. Weiterhin bemerkt sie, dass Tagesmütter beklagen, dass Integrationskinder nicht gebührend anerkannt werden (höhere Anerkennungsgrad notwendig) und wie es um die Weiterbildungen der Tagesmütter bestellt ist. Sie unterstützt weiterhin den Ausbau der Tagesmütterangebote als Ergänzung zu den Kitaeinrichtungen.

Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, antwortet hinsichtlich der Investitionen, das den Kindertagesstellen die gleichen Fördermöglichkei-

ten wie den Kindereinrichtungen zur Verfügung stehen (Bundes- und Landesprogramme: 50% Landesprogramm, Kommune und Rest durch Kitastellen selbst). Das rechnet sich „schwer“. Das Bundesprogramm fördert 75% mit der Bedingung, dass neue Plätze geschaffen werden oder es werden vorhandene Mängel beseitigt (z.B. Brandschutzmaßnahmen etc.).

Des Weiteren erhält auch die Stadt Plauen von Unternehmen im kleinen Rahmen Spenden/Erbschaften, die hinsichtlich der Finanzierung zur Verfügung gestellt werden.

Zu den Fortbildungskosten der Kindertagesstellen äußert sich Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, dass sie im Vergleich höher sind als die der kommunalen Kindereinrichtungen. Die Tagespflege war ursprünglich in der Intension des Gesetzgebers nicht dazu gedacht, sie als Haupterwerb anzusehen, sondern immer als Nebenerwerb, als ergänzende Einnahme.

Herr Bürgermeister Zenner stellt ebenfalls fest, dass die Attraktivität der Tagespflege in der Stadt Plauen nicht zufriedenstellend ist (das Angebot/die Attraktivität ist zu gering um Nachfragen nach neuen Stellen zu schaffen).

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE, sieht die Kalkulation in mehreren Positionen als zu gering an (angemessene Krankenversicherung, Bastelmaterial für 25 EUR/Monat für

5 Kinder) und plädiert ebenfalls dafür, die Attraktivität der Kindertagesstellen zu erhöhen.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, äußert sich hinsichtlich des bürokratischen Aufwandes für die Tagesmütter bei Beantragungen. Weiterhin fordert er ein höheres Level bzgl. der Unterstützung der Tagesmütter durch die Verwaltung (Öffentlichkeit in Form eines Gesamtkonzepts einer besseren Vermarktung, besseren Bezahlung und einer besseren Unterstützung zu informieren/zu werben).

Frau Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, fragt an, ob es auch Klagen gegenüber der Stadt Plauen gibt.

Herr Bürgermeister Zenner teilt mit, dass eine Klage seit 2 Jahren gegenüber der Stadt Plauen anhängig ist, wobei aber noch keine Einigung erzielt wurde. Ein Gerichtsbeschluss steht noch aus.

5. Vorberatung

Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die Änderungssatzung vom 01.12.2016

Drucksachenummer: 678/2017

Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, teilt allen Anwesenden die Schwierigkeit, aber auch die Notwendigkeit des Themas Anpassung der Elternbeiträge mit und verweist auf Umstände, die eine Anpassung rechtfertigen (höhere Personalausgaben durch Tarifierhöhungen, Höhergruppierungen durch erhöhte Kinderbetreuungszahlen, gesetzlicher Mindestlohn, sogenannte ständige Vertretungen-Doppelleitungen/Doppelspitzen). Er äußert, dass die Verwaltung dafür plädiert, die Anpassung wieder durchzuführen, wie in der Satzung beschlossen, und diese auf 21- und 25% Platzkosten der Elternbeiträge anzuheben (Zahlen und Fakten sind in der Verwaltungsvorlage enthalten). Dazu nennt er Beispiele, wie hoch die jeweiligen Anpassungen in den Städten Zwickau, Reichenbach, Dresden, Hoyerswerda und Görlitz liegen (sie liegen vielfach über, aber auch unter dem Wert Plauens). Die Stadt Plauen liegt hierbei im Mittelfeld.

Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, teilt mit, dass der Inhalt der Verwaltungsvorlage korrekt heißen muss: Satzung zur **2. Änderung** der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die Än-

derungssatzung vom 01.12.2016. Eine weitere Änderung betrifft die Seite 3, das Blatt Finanzielle Auswirkungen: **Berücksichtigungen des erhöhten Elternbeitrages im Zuschuss für Freie Träger im Haushaltplan 2018 in Höhe von 264.166 EUR.** Beide Änderungen werden nachgereicht.

Er stellt nochmals fest, dass wenn keine Änderung der Elternbeitragssatzung erfolgt, eine Summe von insgesamt 390.000 EUR für 2018 nicht zur Verfügung steht.

Herr Bürgermeister Zenner teilt bzgl. der Vereinbarung der Elternbeitragssatzung mit, dass wie festgelegt, um nicht mehr als 10% erhöht wird.

Frau Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, sagt, dass ihre Fraktion die Erhöhung ablehnt. Sie teilt mit, dass die zu leistenden Elternbeiträge auch jetzt schon im gesetzlichen Rahmen liegen und die Ablehnung der vorgeschlagenen Erhöhung der Elternbeiträge eine politische Entscheidung ist. Sie stellt die Frage, warum die Vorlage 1 Monat später kommt, als in der Planung vorgesehen und warum sie nicht im Finanzausschuss diskutiert wird.

Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, teilt mit, dass es mit den Terminen (Sitzungen, Ausschüssen etc.) zu tun hat, dass sie später als geplant erscheint.

Herr Bürgermeister Zenner ergänzt zur längeren Dauer, dass es einer gewissen Vorbereitung (liefern seriöser Zahlen) bedarf und zur 2. Frage: der Herr Oberbürgermeister trifft die Entscheidung, ob die Erhöhung als Thema im Finanzausschuss sein soll, nicht der GBI, eine Anfrage hierzu durch den GB I wird erfolgen.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, äußert sich zu der Änderung der Elternbeitragssatzung, dass die CDU-Fraktion dieser zustimmen wird (hervorzuheben ist, dass für Alleinerziehende, die es besonders hart trifft, die Möglichkeit besteht, sich die Kosten erstatten zu lassen).

Herr Legath, Sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE, mahnt hinsichtlich der Erhöhung zur Ruhe und schließt sich der Meinung von Frau Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, an, dass wir im gesetzlichen Rahmen liegen und möchte abwarten, was für eventuelle Mittel vom Land Sachsen noch kommen.

Herr Stadtrat Fleischer, CDU-Fraktion, äußert sich dazu, dass Frau Göbel eingangs der Ausschusssitzung erwähnt hat, dass finanzielle Mittel im Haushalt fehlen. Sollte die Erhöhung eine Ablehnung erfahren, wäre die finanzielle Lage für die Stadt Plauen noch angespannter.

Herr Stadtrat Kämpf, CDU-Fraktion, stellt fest, dass Teile des Stadtrates gibt, die sich ihrer finanzpolitischen Verantwortung nicht bewusst sind und populistisch wirken (keine Einreichung von Vorschlägen unterbreiten, um die Summe von mehreren 100.000 EUR einzusparen). Bei einer Verneinung der Erhöhung muss die Öffentlichkeit auch darüber informiert werden, dass dann soziale Vereine und kulturelle Angebote verringert werden müssen, was wiederum mit Steuererhöhungen etc. einhergehen wird.

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag ablehnen wird, auch hier ist es eine politische Entscheidung. Sie sieht für die Geringverdienenden ein großes Problem dabei (Preissteigerungen in weiteren vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens). Sie möchte von der Verwaltung erfahren, wie Plauen im Vergleich zum Vogtlandkreis steht (Eltern würden bei zu hohen Kosten für die Kinderbetreuung evtl. günstigere Angebote der Kommunen im Vogtlandkreis vorziehen).

Herr Bürgermeister Zenner weist auf die Frage hin, dass es bei der letzten Erhöhung die Stadt Plauen viele Zuzüge gerade durch junge Familien zu verzeichnen hatte, nicht aber Wegzüge.

Frau Pfeil-Zabel, Fraktion SPD/Grüne, teilt nochmals bzgl. Populismus mit, dass die Fraktion SPD/Grüne in der Vergangenheit die meisten Vorschläge um Einnahmen zu

generieren (inklusive Deckung) unterbreitet hat und sehr wohl in dieser Hinsicht verantwortlich agiert.

**5.1 . Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung der Stadt Plauen vom 20.11.2015, zuletzt geändert durch die Änderungssatzung vom 01.12.2016
678/2017**

Herr Bürgermeister Zenner bittet um Abstimmung des Antrages. Das Abstimmungsergebnis lautet: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen. Damit ist die Vorlage abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

6 . Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Legath, Sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE fragt an, warum die Oktobersitzung des BiSoA ausgefallen ist und dass der aktuelle Zustand der Astrid-Lindgren- Schule (lt. Presse) nicht so wünschenswert ist, wie er nach einer Sanierung sein sollte.

Herr Bürgermeister Zenner antwortet, dass von angefragten Gästen Absagen und von neuen Gästen keine Zusagen kamen (wenn die Tagesordnung es nicht hergibt, muss man auch bereit sein, einen Ausschuss auch ausfallen zu lassen). Im Übrigen bleibt die Anzahl der Ausschusssitzungen durch den durchgeführten Sonderausschuss konstant. Schließlich ist dies auch eine Frage der Kosten, die bei einer Nichtterminierung eines Ausschusses eingespart werden können. Bezüglich der Astrid-Lindgren-Schule ist das zuvorderst ein Thema für den Bau-Ausschuss. Herr Bürgermeister Zenner wird in Form eines Sondertermins die Ausschussmitglieder des BiSoA einladen, um sich vor Ort einen aktuellen Überblick zu verschaffen.

Herr Stadtrat Rüdiger, Fraktion DIE LINKE, fragt bzgl. des Antidrogenzuges nach, wie hoch war die Besucheranzahl war (Anzahl beteiligter Plauener Schulen) und wie ist der Stand der Kosten ist (Anteil der Stadt, Eintritt, Sponsorenleistung).

Herr Bürgermeister Zenner antwortet, dass es dazu eine detaillierte Auswertung bereits gibt, die dem KuSpA mitgeteilt wurde (25,00 EUR/Kind, 475 Plauener Schüler und 54 Erwachsene, anschließenden Workshops und Aufbereitung des Gesehenen in den Schulen). Dem BiSoA wird diese detaillierte Auswertung ebenfalls zugearbeitet. Alle Plauener Oberschulen und Gymnasien wurden über das kostenfreie Angebot eines Besuches des Anti-Drogenzuges schriftlich informiert.

Herr Stadtrat Rüdiger, Fraktion DIE LINKE, fragt weiterhin an, ob die 3.000 EUR, die für das JUPP eingestellt wurden, ausreichend sind für Einladungen etc. zur Jugendkonferenz sind, und wie die zukünftige Nutzung des Hauses Vogtland für Vereine aussieht.

Herr Bürgermeister Zenner teilt daraufhin mit, dass ein 2. Treffen der Kinder- und Jugendbeteiligung der Stadt Plauen in der 43. KW stattfand (außer JE Preißelpöhl waren alle Jugendeinrichtungen anwesend), wo man sich eindeutig positioniert hat, keine Jugendkonferenz durchzuführen. Zur 2. Frage teilt Herr Bürgermeister Zenner mit, dass die Nutzung des Hauses Vogtland, nach Absprache mit der GAV, unter Auflagen (Sicherheitsdienst, ordnungsgemäßer Gebrauch der Räumlichkeiten usw.) durch Vereine ab sofort möglich ist.

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE, fragt an, warum hinsichtlich des Kita-Ticket kein Fachausschuss (BiSoA) vorher angehört wurde und es deshalb kein vernünftiges Paket zustande gekommen ist (der Begriff Kita-Ticket ist keine gute Na-

mensgebung dazu).

Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, antwortet, das Kita-Ticket ist und ersetzt auch keine Kita-Karte, es ist ein Verwaltungsprogramm (gesetzliche Vorgabe). Der Vorschlag zu der Namensgebung kam von der Presse, da vorher ein Begriff Verwendung fand, der nicht zeitgemäß war (zu verwaltungstypisch).

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE, fragt weiterhin an und bittet um Veränderung, dass mit dem Begrüßungsgeschenk ein 1. Brief des Oberbürgermeisters beiliegt. Ein 2. Brief im darauffolgenden Monat erfolgt. Kann hierbei nicht eine Zusammenfügung erfolgen (Kostensparnis).

Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, antwortet, dass hierbei 3 Bereiche beteiligt sind (Standesamt, Einwohnermeldeamt und der Fachbereich Jugend und Soziales). Es ist wichtig, das in einer Hand zu belassen, da alles hierbei wesentlich schneller

bei den Eltern ankommt (kurz nach der Geburt kommt das Begrüßungsgeschenk/Gutschein sofort bei den Eltern an, das ist die effektivste Lösung).

Frau Stadträtin Seidel, Fraktion DIE LINKE, fragt bzgl. der Auswertung des Begrüßungsgeschenkes an, das mit dem Geld, was in 2017 eingespart werden kann, in 2018 übertragen werden kann (Ansparung für das jeweils darauffolgende Jahr).

Herr Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen und Sport, antwortet, dass kein Geld angespart wird (es wird Geld eingesetzt-Orientierung und Zugrundelegung der Geburtenzahl des vorletzten Jahres). Sollten die Geburten steigen, besteht die Möglichkeit hierbei weiteres Geld einzusetzen (Abstimmung mit FB Finanzplanung mittels überplanmäßiger Ausgabe ist getroffen).

Herr Bürgermeister Zenner schließt die öffentliche Sitzung und bedankt sich bei den Gästen.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Bürgermeister

Tobias Kämpf
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Torsten Abraham
Schriftführer

Juliane Pfeil-Zabel
Stadträtin